

US-Gericht stoppt Trumps Tarife größtenteils

Ein amerikanisches Gericht blockiert Trumps globale Zölle, die er mit Notstandsvollmachten eingeführt hat. Dies könnte vielen kleinen Unternehmen in den USA zugutekommen. Erfahren Sie mehr über die Entscheidung.



Ein drei Richter umfassendes Gremium des US-Gerichts für internationalen Handel, einem eher unbekanntem Gericht in Manhattan, entschied am Mittwoch, die globalen Zölle von Trump zu stoppen, die er mit Bezug auf Notstandswirtschaftsrechte verhängt hatte. Dazu gehören auch die am 2. April eingeführten „Befreiungstags“-Zölle. Zudem wird Trump daran gehindert, seine Zölle, die er Anfang dieses Jahres gegen China, Mexiko und Kanada verhängte, durchzusetzen, die zur Bekämpfung des Fentanyl-Handels in die Vereinigten Staaten gedacht waren.

Gerichtsentscheidung gegen Trumps Zölle

Das Gericht entschied zugunsten eines dauerhaften Verbot und stoppte Trumps globale Zölle, bevor überhaupt „Deals“ mit den meisten anderen Handelspartnern abgeschlossen werden konnten. Dies bedeutet, dass der Großteil – aber nicht alle – von Trumps Zöllen vorübergehend eingestellt wird.

Wirkung der Entscheidung auf die Märkte

Die Entscheidung ließ die Aktienfutures in die Höhe schnellen. Die Dow-Futures stiegen um fast 500 Punkte, das entspricht 1,1 %. Die breiteren S&P 500-Futures lagen um 1,4 % höher, während die Nasdaq-Futures in der nachbörslichen Handelszeit um 1,6 % zulegten.

Hintergrund des Rechtsstreits

Die **Klage wurde** im April von der libertären Rechtsanwaltsgruppe Liberty Justice Center eingereicht und vertrat den Weinhändler VOS Selections sowie vier andere kleine Unternehmen, die behaupteten, durch die Zölle erheblich geschädigt worden zu sein. Das Gremium kam zu einem einstimmigen Urteil und veröffentlichte eine Stellungnahme zu der Klage von VOS sowie einer von zwölf demokratischen Bundesstaaten, die gegen die Trump-Zölle erhoben wurde.

„Wir haben gewonnen – auch der Bundesstaat Oregon und die klagenden Bundesstaaten haben gewonnen“, sagte Ilya Somin, Rechtsprofessor an der Scalia Law School der George Mason University und Anwalt der Kläger, direkt nach dem Urteil gegenüber CNN. „Das Urteil stellt fest, dass das gesamte System der Befreiungstags- und anderer IEEPA-Zölle illegal und durch ein dauerhaftes Verbot untersagt ist.“

Erklärung eines nationalen wirtschaftlichen Notstands

Am 2. April kündigte Trump seine „gegenseitigen“ Zölle an und

führte erhebliche Abgaben auf Importe aus einigen der engsten Handelsalliierten Amerikas ein – obwohl er am 9. April eine 90-tägige Pause einlegte. Die „universellen“ 10%-Zölle auf die meisten Waren, die in die USA kommen, blieben jedoch bestehen.

Trump führte diese Zölle ohne Zustimmung des Kongresses ein, indem er das International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) in Anspruch nahm, welches dem Präsidenten die Befugnis gibt, auf ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohungen zu reagieren.

Rechtsauffassung der Kläger

Die Kläger behaupteten jedoch, dass die Trump-Administration die Kriterien für einen Notfall nicht erfüllt habe. Auch wurde vorgebracht, dass das IEEPA dem Präsidenten nicht die Befugnis zur Einführung von Zöllen einräumt. Selbst wenn dies so ausgelegt würde, wäre dies „eine verfassungswidrige Delegation der Macht des Kongresses zur Einführung von Zöllen“, so eine Erklärung.

Das Gericht stimmte in seinem Urteil zu, dass Trump nicht die Befugnis hatte, einen nationalen Notstand auszurufen, um diese Zölle zu verhängen. „IEEPA ermächtigt keine weltweiten, vergeltenden oder Handelszollverordnungen“, sagten die Richter in ihrem Beschluss am Mittwoch. „Die weltweiten und vergeltenden Zollverordnungen überschreiten jede dem Präsidenten durch das IEEPA erteilte Befugnis zur Regulierung der Einfuhr durch Zölle. Die Handelszölle scheitern daran, dass sie sich nicht mit den in diesen Verordnungen dargelegten Bedrohungen befassen.“

Folgen für kleine Unternehmen

Die Entscheidung könnte **kleinen Unternehmen in ganz Amerika** helfen, die viele unter den gestiegenen Kosten durch die Zölle gelitten haben. „Das könnte – mit dieser Wortwahl

betont – ein bedeutender Wendepunkt in der Politik sein, wenn es sowohl für die Wirtschaft als auch für die stille Mehrheit im Kongress, die die derzeitige Handelspolitik nicht unterstützt, Bestand hat“, schrieb Joe Brusuelas, Chefvolkswirt von RSM US, in einer E-Mail an CNN Business.

„Insbesondere würde dies eine enorme Entlastung für kleine und mittelständische Unternehmen bieten, die weder die Margen noch die finanzielle Tiefe haben, um die Zölle langfristig zu tragen.“

Weiterer Verlauf des Verfahrens

Die Anwälte des Justizministeriums argumentierten, dass die Zölle eine politische Frage seien – was bedeutet, dass Gerichte darüber nicht entscheiden könnten. Doch die Kläger wiesen darauf hin, dass das IEEPA keine Erwähnung von Zöllen gemacht habe. „Wenn das Auslösen des größten Handelskriegs seit der Großen Depression auf einer Gesetzgebung basiert, die nicht einmal Zölle erwähnt, kein verfassungswidriger Usurpation legislativer Macht ist, dann weiß ich nicht, was das dann ist“, sagte Somin im April.

Unabhängig davon haben **zwölf demokratische Bundesstaaten die Regierung** ebenfalls vor dem selben Gericht verklagt, aufgrund der „illegalen Einführung“ von Steuererhöhungen auf Amerikaner durch die Zölle. „Wir haben diesen Fall angestrengt, weil die Verfassung keinem Präsidenten unbegrenzte Macht zur Veränderung der Wirtschaft einräumt. Dieses Urteil bekräftigt, dass unsere Gesetze von Bedeutung sind und Handelsentscheidungen nicht nach dem Willen des Präsidenten getroffen werden können“, erklärte der Generalstaatsanwalt von Oregon, Dan Rayfield, in einer Stellungnahme am Mittwoch.

Anwälte warnten, dass die Regierung möglicherweise ein höheres Gericht um eine Aussetzung der Umsetzung des Verbots bitten könnte, während sie in Berufung geht. Das

nächsthöhere Gericht ist der Bundesgerichtshof, allerdings könnte der Fall auch direkt zum Obersten Gerichtshof gehen.

Das US-Gericht für internationalen Handel ist ein Bundesgericht in Manhattan, das Streitigkeiten über Zoll- und internationale Handelsgesetze behandelt.

Diese Geschichte entwickelt sich weiter und wird aktualisiert.

Die CNN-Journalisten Matt Egan und Alicia Wallace haben zu diesem Bericht beigetragen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)